

KURZ UND PRÄGNANT

Mehr Pflegefachkräfte



„Endlich ein Schritt in die richtige Richtung“, so MdL Jörg Kubitzki zur Ausbildungs-

offensive von Bund, Ländern und Verbänden für Pflegefachkräfte. Es entspricht auch den Forderungen der Linksfraktion, dass bei Umschulungen zum/r staatlich anerkannten Altenpfleger/in das dritte Ausbildungsjahr wieder gefördert wird und eine verkürzte Ausbildung für Pflegehilfskräfte, die bereits über die entsprechende Berufserfahrung verfügen, ermöglicht wird. Bereits zum 1. April wird es einen zusätzlichen Umschulungsbeginn geben und ab 1. September beginnt die verkürzte Ausbildung.

„Jetzt kommt es darauf an, dass für diese Ausbildungen auch die nötigen Ausbildungskapazitäten bereitgestellt werden, damit der kritisierte Personalnotstand in den Thüringer Pflegeheimen abgebaut wird“, sagte der Abgeordnete und forderte die Landesregierung auf, dass die Teilnehmer des Thüringer Pflegepakts sich sofort verständigen, wie die Ausbildungsoffensive in Thüringen umgesetzt werden kann. Wichtig sei, mit den Pflegekassen eine Anhebung der Pflegevergütung zu vereinbaren, „denn nur durch eine gute Entlohnung ist es möglich, Menschen für eine Ausbildung in diesem wichtigen Beruf zu motivieren“.

„Strompreisbremse“

„Die sogenannte Strompreisbremse ist eine Scheinlösung, die nicht nur das Ziel der Begrenzung des Preisanstiegs verfehlt, sondern auch der ökologischen Erneuerung der Energiewirtschaft schadet“, so MdL Matthias Bärwolff. „Die Bundesregierung hat sich offenbar entschieden, den Preiskampf auf dem Rücken der Produzenten von Erneuerbaren Energien, wie etwa den Thüringer Energiegenossenschaften, und auf Kosten der Verbraucher auszutragen. Die angekündigte stärkere Beteiligung der energieintensiven Wirtschaft bleibt unkonkret und wird vermutlich, wie so oft, im Sande verlaufen.“ Gleichzeitig werde kein einziges der derzeitigen Probleme gelöst. So bleibe offen, wie auf die jährlich 800.000 Stromsperrern reagiert werden kann und muss. „Stromsperrern müssen verboten werden, denn die Energieversorgung ist eine Grundvoraussetzung für menschenwürdiges Wohnen“, forderte der Sozialpolitiker. Sinnvoller wäre, ein angemessenes freies Grundkontingent an Strom zu gewähren und den darüber hinaus gehenden Verbrauch zu verteuern.

Für Teilhabe, gegen Überwachung und Zensur

Netzpolitik ist für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Gesellschaftspolitik

Es war jetzt der Europäische Politikerkongress in Berlin, wo Jürgen Maurer, BKA-Vizepräsident, im Widerspruch zum Bundesverfassungsgericht behauptete, es gebe im Internet keine Privatsphäre.

Es sei „erschreckend“, reagierte Katharina König, Sprecherin der Linksfraktion für Netzpolitik, auf den Vorgang, „wie leichtfertig hier mit den durch das Grundgesetz besonders geschützten Grundrechten umgegangen wird“. Maurer wolle, so die Abgeordnete, das Internet „zum grundrechtsfreien Raum erklären“. Die Netzpolitik, das machen solche Debatten deutlich, ist längst Gesellschaftspolitik.

Das ist auch an den Anträgen ablesbar, die von der Linksfraktion im Landtag eingebracht werden. Das Niveau, mit dem CDU und FDP damit umgehen, wird dieser Bedeutung nicht immer gerecht, wie einige Beispiele zeigen. „Zugangsfreiheit zum Internet sichern – Netzsperrern ausschließen“, der Antrag der LINKEN wurde im Oktober 2011 behandelt. Man beziehe sich auf einen Bericht des UNO-Sonderbeauftragten für Meinungs- und Pressefreiheit, erläuterte André Blechschmidt, Sprecher der Linksfraktion für Medienpolitik. Netzsperrern seien eine spezifische

Form der Zensur und deshalb abzulehnen, so sein Fazit. Mario Voigt, Netzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, garnierte die Ablehnung des Antrags mit der merkwürdigen Erläuterung, die CDU setze darauf, dass der Staat „nicht der protektionistische Verhinderer von öffentlicher Informationsgewinnung ist“. Genau davon geht die LINKE mit ihrem Antrag freilich auch aus.

Im September 2012 beantragte die LINKE ein „Modellprojekt für kostenloses öffentliches WLAN in Thüringen“. Der Landtag solle, so rief André Blechschmidt das Plenum auf, „mit der Schaffung eines freien WLAN-Netzes in Thüringen, das die Zugangsgerechtigkeit fördert, ein gutes Beispiel für Teilhabe, Partizipation sowie mehr soziale Gerechtigkeit geben“.

Die CDU lehnte diesmal höflich ab – denn man glaube, „dass es nicht finanzierbar ist, auf lange Sicht auch nicht ratsam“, so Voigt. Rustikaleres kam von der FDP. Ein Modellprojekt für kostenloses öffentliches WLAN werde bezahlt „auf Kosten der Steuerzahler, die jeden Tag auf ihre Arbeit gehen – das geht nicht“, betonte Heinz Untermann ausgerechnet für die Lobby-Partei FDP, die sonst für ihre gierige Klientel jede Vergünstigung herausdealt. Ob ihm – Untermann – überhaupt bewusst

sei, dass er im Plenarsaal des Landtags ein kostenloses WLAN nutze, fragte Katharina König nach. Untermann war das bewusst, die FDP sei dennoch „nicht für so eine Wunsch-dir-was-Vorstellung“. Als Katharina König auf die Möglichkeit verwies, die Landesregierung könne bei einem Modellprojekt doch auch einen privaten Partner aus der Wirtschaft ins Boot holen, führte das zum Zwischenruf eines besonderen Experten, Volker Emde aus der CDU-Fraktion. Als „Kommunistische Herangehensweise“, klassifizierte Emde, der 1989 sein Studium des Sports und der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft als Diplomlehrer abgeschlossen hatte, den Vorschlag. Mit dem Antrag „Abschaffung der Störerhaftung für Betreiber von Funkdatennetzen“ begab sich die LINKE im Oktober 2012 ins Landtagsplenum. Alleinstellungsmerkmal des Antrags sei, dass er auf freie Netze setze, hob André Blechschmidt hervor. Überwachung und Identifizierung werde ausgeschlossen, ergänzte Katharina König. Die CDU werde nicht zustimmen, entgegnete Voigt. Er regte an, die Freiheit des Internets gegen das Interesse der Strafverfolgungsbehörden abzuwägen.

Stefan Wogawa

Da wurde aus einem TA-Statement eines für die OTZ (und umgekehrt)...

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, muss auch dieser Tage wieder wunderliche Erfahrungen mit den Medien sammeln. Beispielsweise mit den Zeitungen der WAZ in Thüringen.

Die TA hatte ihn um ein Statement zum Thema Stasi-Aufarbeitung gebeten. Am 21. Februar erschien aber in der TA ein Beitrag des LINKE-Bundestagsabgeordneten Frank Tempel zur gleichen Fragestellung, der Beitrag von Bodo Ramelow hingegen in der Ostthüringer Zeitung (OTZ). „Mit denen hatte ich aber gar nichts besprochen. Zufällig ist es ja so, dass ich meinen Landtagswahlkreis, den ich 2009 direkt gewonnen habe, in Erfurt habe. In Erfurt wird vor allem die TA gelesen. Frank Tempel hat seinen Bundestagswahlkreis in Altenburg und Greiz. In Altenburg und Greiz wird vor allem die OTZ gelesen. Anscheinend sollten weder die Leute in meinem Wahlkreis meinen Artikel zu Gesicht bekommen, noch die Wählerinnen und Wähler in Franks Wahlkreis den Text, den er geschrieben hat“, so Bodo Ramelow in seinem Online-Tagebuch. Und weiter: „Nun könnte man das für einen unglücklichen Fehler, vielleicht für eine missliche Verwechslung halten. Es passt aber leider in einen Trend, der sich seit längerer Zeit abzeichnet.“

Hier nun der den TA-Lesern vorenthaltene Text von Bodo Ramelow:

„Als einer, der als Westdeutscher sozialisiert ist, tue ich mich immer schwer –

und ich möchte das betonen –, eine angemessene Antwort auf diese gesamte Thematik zu geben. Richtig ist, dass das gesamte Sicherheitssystem der DDR paranoide Züge hatte und viele Menschen physisch oder psychisch Schaden erlitten haben. Deshalb wird ein davon betroffener Mensch immer einen anderen Maßstab anlegen als der, den ich als den rechstaatlichen bezeichnen und anlegen würde. Für einen Menschen, der aufgrund eines reinen Verdachts oder einer Denunziation in die Mühlen der DDR-Sicherheitsstrukturen geriet, wird es schwer zu verstehen sein, wenn bei der heutigen Bewertung der persönlichen Verantwortung eines einzelnen Menschen ein reiner Verdacht auf Schuld nicht reicht. Deshalb plädieren wir als LINKE immer für eine umfassende Aufarbeitung des DDR-Systems, aber beim Umgang mit der persönlichen Verantwortung für eine reine Transparenzpflicht.

Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, mit rechtsstaatlichen Maßstäben zu trennen, was ist persönlich-konkrete Verantwortung und Schuld und was ist direkte oder indirekte Tätigkeit bei den diversen Abteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit. Ich stelle mal die Frage: Warum sind viele Personenschutzler aus der DDR anschließend als gut ausgebildete Kräfte in westdeutsche Ministerien übernommen worden und warum bekommt jemand, der drei Monate beim Wachregiment war, später das Stasi-Eti-

kett zur beruflichen Vernichtung angeklebt? In Südafrika gab es einen quälenden Prozess der Wahrheitskommission. Nach der NS-Zeit hat man in Westdeutschland den Persil-Schein erfunden. Nach der DDR sollte es gründlicher gehandhabt werden. Tatsächlich aber erleben wir gerade, dass die Akten offenbar über die Personen triumphieren.

Geht es bei Gysi wirklich um eine rechtsstaatlich normierte Feststellung von Schuld? Reicht schon die Behauptung, er hätte es sein können? Und wie lange sollen automatische Überprüfungsmechanismen angewandt werden, wenn der Lebenszeitabstand immer größer wird? Und das Seltsame der Methode wird am Beispiel des Deutschen Bundestages deutlich: Da werden Ostdeutsche einer Überprüfung unterzogen und die Überprüfung der Westdeutschen bleibt unter Verschluss oder wird erst gar nicht angewendet.

In einem Rechtsstaat muss eine persönliche Schuld existieren und nachgewiesen sein. Die formale Tätigkeit als Personenschutzler oder als Mitglied des Wachschutzregiments oder die Funktion einer Küchenfrau, einer Sekretärin oder eines Kraftfahrers sind kein alleiniger Schuldbeweis. Mir fehlt die Diskussion über die Maßstäbe. Über einen aus dem Bundestag wird gerne das gleiche Thema immer wiederkehrend ausgekübelt. Über einen am Starnberger See gibt es ein ohrenbetäubendes Schweigen....“